



Bekanntmachung

**des Präsidenten
des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

6. Parlamentsforum Südliche Ostsee vom 18. bis 20. Mai 2008 in Kolberg

Das 6. Parlamentsforum hat in Kolberg eine Resolution verabschiedet. Den als Anlage beigefügten Originaltext gebe ich hiermit bekannt.

Martin Kayenburg

**Resolution
des 6. Parlamentsforums Südliche Ostsee
in Kolberg
vom 18. bis 20. Mai 2008**

*Forschung als Integrationsfaktor und Chance der Wirtschaftsentwicklung
in der südlichen Ostseeregion*

Das 6. Parlamentsforum Südliche Ostsee hat während seiner Konferenz vom 18. bis 20. Mai 2008 in Kolberg, Polen, die Themen

- Energiepolitik unter besonderer Berücksichtigung erneuerbarer Energien und Auswirkungen auf den Klimawandel,
- Integrierte maritime Politik unter besonderer Berücksichtigung der Eutrophierung und maritimen Sicherheit, sowie
- Forschung unter dem Aspekt der Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und Regionalpolitik

mit Sachverständigen aus allen beteiligten Regionen beraten und kommt auf dieser Grundlage zu folgenden Ergebnissen:

I. Energiepolitik unter besonderer Berücksichtigung erneuerbarer Energien und Auswirkungen auf den Klimawandel

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee hat gemäß seinem Beschluss vom 22. Mai 2007 in Gdynia eine Arbeitsgruppe „Energie“ unter der Federführung des Landtages Mecklenburg-Vorpommerns eingesetzt, die auf der Grundlage von zwei internationalen Sachverständigenanhörungen auf diesem Themengebiet politische Handlungsempfehlungen für die südliche Ostseeregion entwickelt hat.

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

empfiehlt

Maßnahmen in den von der Arbeitsgruppe „Energie“ vorrangig behandelten Bereichen Windkraft, Biomasse, Solarenergie sowie Geothermie einzuleiten und umzusetzen, um den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch der EU bis 2020 signifikant zu erhöhen, insbesondere

1. vor dem Hintergrund der langfristig sicheren, das Klima schonenden und für ihre Bürger kostengünstigen Energieversorgung einen Energiemix anzustreben. Voraussetzung ist dabei eine konsequente Einsparung von Energie und die Verbesserung der Energieeffizienz;

2. die landseitige Windkraftnutzung im Rahmen der landesspezifischen Gesetzgebung aufzubauen und zu erweitern bzw. – sofern vorhanden – durch den Ersatz von Altanlagen (*Repowering*) auszubauen und den Bau von *Offshore*-Windkraftanlagen zu unterstützen, unter gleichzeitiger Berücksichtigung unter gleichzeitiger Berücksichtigung gewachsener kultureller und landschaftlicher Räume;
3. die Potenziale und die Technologie für die energetische Nutzung der Biomasse unter Beachtung strengster Nachhaltigkeitskriterien weiter zu entwickeln. Dabei genießt die Nutzung organischer Rest- und Abfallstoffe besondere Bedeutung und grundsätzlich Vorrang vor dem Anbau von Biomasse;
4. den Ausbau von Solaranlagen zu erhöhen;
5. geothermische Ressourcen bevorzugt in Stadtnähe zu nutzen, sofern geologische Strukturen die wirtschaftliche Verwendung ermöglichen;
6. den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung mit optimalem Wirkungsgrad erheblich zu steigern;
7. Investitionen zum Neubau, zur Sanierung und zum Ausbau der bestehenden Drehstromnetze, auch für die Aufnahme von Offshore- und Onshore-Strom aus Windkraft zu verstärken, nationale Höchstspannungsstromversorgungsnetze mit standardisierten Schnittstellen an den Netzgrenzen auszubauen, um grenzüberschreitende Stromlieferungen zu verstärken, um die Versorgungssicherheit zu erhöhen und um Schwankungen im Stromangebot auszugleichen;
8. den Aufbau eines europäischen Höchstspannungsgleichstromübertragungsnetzes (HGÜ) voranzutreiben, um Nordeuropa (Wasserkraft) und Südeuropa (Solarenergie) unabhängig von der Frequenz und Phasenlage nationaler Drehstromnetze sowie Windenergieparks großräumig miteinander zu verbinden und um Übertragungsverluste beim Transport von Wechselstrom über lange Strecken hinweg deutlich zu minimieren;
9. bestehende Energie-Einspeisungs-Regelungen zu novellieren und – wo nicht vorhanden – entsprechende Regelungen einzuführen, um die zeitlichen Vorgaben der EU hinsichtlich des Nutzungsumfangs erneuerbarer Energien zu erfüllen;
10. Investitionsanreize für Haushalte und kleine und mittelständische Betriebe für Maßnahmen zur Gebäudesanierung, Energieeffizienzmaßnahmen sowie die Nutzung erneuerbarer Energien zu entwickeln und auszubauen;
11. die Nutzung erneuerbarer Energien steuerlich stärker zu begünstigen, um den sprunghaften Anstieg der Energiepreise kompensieren zu helfen und die gesellschaftliche Akzeptanz für erneuerbare Energien zu erhöhen;
12. bestehende Forschungseinrichtungen in der Region mit dem Schwerpunkt erneuerbarer Energien stärker zu vernetzen, darüber hinaus die Einrichtung eines gemeinsamen Forschungszentrums für erneuerbare Energien in der südlichen Ostseeregion anzustreben, um die vorhandene Kompetenz aus Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft zu bündeln, ein grenzüberschreitendes Kooperationsnetzwerk aufzubauen und um Maßnahmen für die verstärkte Anwendung von regenerativen Energien zu initiieren – auch als natürlicher Kooperationspartner für Institutionen auf europäischer und nationaler Ebene in diesem Bereich.

II. Integrierte maritime Politik unter besonderer Berücksichtigung der Eutrophierung und maritimen Sicherheit

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee hat mit seinen Resolutionen von Binz, Kiel und Gdynia detaillierte Vorschläge für eine integrierte maritime Politik auf europäischer Ebene vorgelegt und sie frühzeitig in den Konsultationsprozess zu dem entsprechenden Grünbuch der Europäischen Kommission eingebracht.

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

begrüßt

- die Mitteilung der Kommission „Eine integrierte Meerespolitik für die Europäische Union“ [KOM(2007)575 endg. – „Blaubuch“] und den dazugehörigen Aktionsplan mit den Schwerpunkten
 1. ein Europäischer Seeverkehrsraum ohne Hindernisse
 2. eine Europäische Strategie für Meeresforschung
 3. von den Mitgliedstaaten zu entwickelnde nationale integrierte Meerespolitiken
 4. ein europäisches Netzwerk für die Meeresüberwachung
 5. ein Fahrplan für die maritime Raumplanung der Mitgliedstaaten
 6. eine Strategie zur Eindämmung der Auswirkungen des Klimawandels in den Küstenregionen
 7. die Reduzierung der von Schiffen ausgehenden CO₂-Emissionen und Umweltverschmutzung
 8. die Ausmerzung der Piratenfischerei und des destruktiven Fischfangs
 9. ein europäisches Netzwerk von maritimen Clustern
 10. eine Überprüfung der für die Schifffahrt und den Fischereisektor geltenden Ausnahmeregelungen zum EU-Arbeitsrecht

- das Angebot des Vorsitzenden der HELCOM, einen Beobachter des Parlamentsforums in die Arbeitsgruppe der HELCOM zur Implementierung des Ostseeaktionsplanes zu entsenden und nimmt dieses Angebot gerne an.

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

unterstützt

- die Absicht der EU-Kommission im Rahmen der Nördlichen Dimension auch die integrierte maritime Politik der Europäischen Union im Ostseeraum zu berücksichtigen,
- ein Programm zur schrittweisen Entwicklung und Einführung eines satellitengestützten, emissionsbezogenen Überwachungssystems für Schiffe;

betont

- dass der Erfolg des Blaubuches auch daran zu messen ist, inwieweit die daraus resultierenden Maßnahmen den Forderungen der Resolution des IV. Parlamentsforums Südliche Ostsee vom 21.-23. Mai 2006 in Kiel entsprechen,
- die Verantwortung aller beteiligten Akteure, sich fortlaufend für eine integrierte Meerespolitik zu engagieren, um das Zukunftskonzept der Kommission auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene zu verwirklichen und
- erneut die Notwendigkeit, die Ostseeregion bis zum Jahr 2015 zu einer europäischen Modellregion für die integrierte maritime Politik zu entwickeln;

fordert

- eine konkrete und zeitnahe weitere Ausgestaltung und Umsetzung des Blaubuches,
- die Meeresstrategie-richtlinie der Europäischen Union mit den Aktionsbereichen des Blaubuches zu koordinieren,
- die effiziente Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplanes, als regionales Modellprojekt für die europäische Meeresstrategie, in die auch Vorschläge der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz eingeflossen sind,
- den Stellenwert des Verkehrssektors im Rahmen der künftigen Meerespolitik als wichtiges bereichsübergreifendes maritimes Politikfeld stärker zu berücksichtigen,
- die Unterstützung der Entwicklung von kleinen und mittleren Häfen der Länder im erweiterten Schengen-Raum und die Einbeziehung in die Verkehrsnetze der Südlichen Ostsee (Straße, Fähre, maritimer Tourismus),
- die Weiterentwicklung und Umsetzung höchster Standards für die Schiffssicherheit in europäischen Gewässern als präventive Maßnahmen, um Schiffshavarien auf hoher See, in Küstennähe und Häfen so weit wie möglich zu vermeiden und eine stärkere Berücksichtigung des integrierten Ansatzes bei künftigen EU-Förderprogrammen,
- die Regierungen in der Südlichen Ostsee auf, regionale Aktionspläne zur Meerespolitik vorzulegen,
- die Umsetzung von Forschungsergebnissen im Bereich der Seeverkehrstechnik, um das geplante Ziel, die Ostseeregion zur maritimen Modellregion der EU zu entwickeln, zu erreichen,
- die Intensivierung der Maßnahmen zur Wiederherstellung des natürlichen Fischbestandes der Ostsee,
- den Ostseerat erneut auf, eine Task Force Maritime Policy einzurichten;

begleitet

- die Umsetzung des maritimen Aktionsplans der Europäischen Union im Rahmen fachübergreifender parlamentarischer Arbeitsgruppen oder Gremien und ruft dieses Thema erneut anlässlich einer der nächsten Jahreskonferenzen auf, um die erreichten Fortschritte zu bewerten.

III. Forschung unter dem Aspekt der Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und Exekutive auf regionaler Ebene

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee sieht es als notwendig an, dass sich die Forschungseinrichtungen unter dem Aspekt der Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und der Exekutive auf regionaler Ebene im Bereich der südlichen Ostsee aktiv an der Entwicklung grenzüberschreitender Cluster beteiligen.

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

fordert

- die Entwicklung und den Ausbau von Schnittstellen zwischen Forschung und Wirtschaft voranzubringen,
- den Interessenaustausch von Wirtschaftsklustern, insbesondere bei der künftigen Ausrichtung der Energiepolitik und der maritimen Politik unter Einbeziehung von Aspekten der Forschung zu intensivieren,
- die Einwerbung europäischer Fördermittel für zukunftsweisende Maßnahmen, insbesondere bei der künftigen Ausrichtung der Energiepolitik und der maritimen Politik, zu optimieren,
- eine stärkere Berücksichtigung der Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und der Exekutive auf regionaler Ebene bei der Ausgestaltung von EU-Förderprogrammen,
- die Durchführung von gemeinsamen, grenzüberschreitenden Projekten, z.B. im Bereich der Zusammenarbeit der Ökoenergie-Clusterin der Region der südlichen Ostsee.

IV. Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

stimmt überein, an der bewährten Praxis der Einsetzung von Arbeitsgruppen zu Schwerpunktthemen festzuhalten und

nimmt die Einladung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern gerne an, das 7. Forum vom 5. bis zum 7. Juli 2009 unter dem Arbeitstitel „Der Beitrag der südlichen Ostsee zu einer europäischen Strategie für den Ostseeraum“ in Schwerin auszurichten.

Sylvia Bretschneider

**Zygmunt
Dziewguć**
Zygmunt Dziewguć
Vizepräsident
des Sejmik
der Wojewodschaft
Westpommern

**Sylvia
Bretschneider**
Präsidentin
des Landtages
Mecklenburg-
Vorpommern

**Ingrid
Franzen**
Ingrid Franzen
Vizepräsidentin
des Schleswig-
Holsteinischen
Landtages

**Brunon
Synak**
Brunon Synak
Präsident
des Sejmik
der Wojewodschaft
Pommern

**Konstantin
Poliakow**
Konstantin Poliakow
1. Vizepräsident
der Kaliningrader
Gebietsduma

**Julian
Osjecki**
Julian Osjecki
Präsident
des Sejmik
der Wojewodschaft
Ermland-Masuren

**Resolution
of the 6th Southern Baltic Sea Parliamentary Forum
in Kolberg
from 18 to 20 May 2008**

***Research as an Integration Factor and an Opportunity for Economic Development
in the Southern Baltic Sea Region***

At its conference held from 18 to 20 May 2008 in Kolberg, Poland, the 6th Southern Baltic Sea Parliamentary Forum discussed the topics

- Energy policy, with special consideration given to renewable energy sources and the effects on climate change,
- Integrated maritime policy, with special consideration given to eutrophication and maritime security and safety, as well as
- Research, as seen from the perspective of networking among business leaders, academics and regional policymakers

with experts from all the regions involved and, on this basis, arrived at the following conclusions:

I. Energy policy, with special consideration given to renewable energy sources and effects on climate change,

In accordance with the resolution adopted on 22 May 2007 in Gdynia, the Southern Baltic Sea Parliamentary Forum has established an “Energy” Working Group under the leadership of the Parliament of Mecklenburg-Vorpommern. Based on two hearings of international experts in this field, the Working Group has prepared recommendations for political action to be implemented in the Southern Baltic Sea Region.

The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum

recommends

that measures should be initiated and implemented in the fields of wind power, biomass, solar and geothermal energy (i.e. the fields primarily covered by the “Energy” Working Group) in order to significantly increase the share of renewable energy sources in the EU’s total energy consumption by the year 2020, especially

1. to bring about an energy mix, against the background of safeguarding energy supply that is secure in the long term, that helps to manage global warming and that is reasonably priced for its citizens. This will require consistent energy conservation and an improvement in energy efficiency;

2. to build up and make greater use of land-based wind power within the framework of national legislation or, where wind power systems are already installed, to “repower” older systems and to support the construction of offshore wind power plants, while at the same time taking into consideration naturally grown cultural areas and landscapes;
3. to continue to develop the potential and the technology for the use of biomass to generate energy, while observing absolutely strict sustainability criteria. In this context, particular attention should be paid to the use of organic residual and waste materials, which should always be given priority over the cultivation of biomass;
4. to step up the use of solar power systems;
5. to make use of geothermal resources, especially in the vicinity of cities, providing that geological structures permit the cost-effective use of such resources;
6. to considerably increase the share of optimum-efficiency co-generation plants;
7. to increase investments in the construction of new three-phase supply networks, as well as in the modernisation and expansion of existing ones, and in the integration of electricity generated from offshore and onshore wind farms; to upgrade ultra-high voltage power supply networks by adding standardised interfaces at the network boundaries in order to increase cross-border electricity supply, to improve the security of supply and to balance variations in the supply of electricity;
8. to promote the development of a European ultra-high-voltage DC transmission network (UHVDC) in order to interconnect northern Europe (hydro power) and southern Europe (solar power) – irrespective of the frequency and phase position of national three-phase networks – as well as wind farms across Europe and in order to substantially reduce the transmission losses that occur when transporting alternating current over long distances;
9. to amend energy feed schemes currently in effect and, where such schemes do not exist, to introduce new schemes in order to comply with the EU’s requirements in terms of the scope of the use of renewable energy sources;
10. to develop and improve investment incentives for private households as well as small and medium-sized enterprises to modernise buildings, increase energy efficiency and use renewable energy sources;
11. to increase tax concessions for the use of renewable energy sources in order to help compensate for the steep increase in energy prices and to increase the acceptance of renewable energy sources in society;
12. to establish a more close-meshed network among existing research institutions in the region that are focused on renewable energy sources; in addition, to strive for the establishment of a common research centre for renewable energy sources in the southern Baltic Sea region in order to bundle available competencies in the field of science, research and business, to build up a cross-border co-operation network and to initiate measures designed to make greater use of renewable energy sources – a centre that would also be a natural co-operation partner for institutions operating in this field at European and national level.

II. Integrated maritime policy, with special consideration given to eutrophication and maritime security and safety

In its resolutions of Binz, Kiel and Gdynia, the Southern Baltic Sea Parliamentary Forum made detailed proposals for an integrated maritime policy at European level and introduced these proposals at an early point in time in the consultation process on the European Commission's Green Paper on this subject.

The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum

welcomes

- the Commission's Communication "An Integrated Maritime Policy for the European Union" [COM(2007)575 final – "Blue Paper"] and the accompanying Action Plan that is focused on
 1. A European Maritime Transport Space without barriers
 2. A European Strategy for Marine Research
 3. National integrated maritime policies to be developed by Member States
 4. An European network for maritime surveillance
 5. A Roadmap towards maritime spatial planning by Member States
 6. A strategy to mitigate the effects of climate change on coastal regions
 7. Reduction of CO₂ emissions and pollution by shipping
 8. Elimination of pirate fishing and destructive fishing practices
 9. A European network of maritime clusters
 10. A review of EU labour law exemptions for the shipping and fishing sectors
- the offer made by the Chairman of HELCOM to send an observer of the Parliamentary Forum to HELCOM's Working Group on the Implementation of the Baltic Sea Action Plan, and gladly accepts this offer.

The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum

supports

- the EU Commission's intention to take into consideration the European Union's integrated maritime policy in the Baltic Sea Region within the framework of the Northern Dimension;
- a programme for the gradual development and introduction of a satellite-based, emission-related monitoring system for ships;

emphasises

- that the Blue Paper's success must also be measured by the extent to which the measures resulting from the Blue Paper are in line with the demands stipulated in the

resolution adopted by the 4th Southern Baltic Sea Parliamentary Forum at its meeting from 21 to 23 May 2006 in Kiel;

- the responsibility of all the players involved to continue to work for an integrated maritime policy in order to translate the Commission's forward-looking concept into practice at European, national and regional level; and
- once again the need to develop the Baltic Sea Region into a European model region for an integrated maritime policy by the year 2015;

calls

- for more concrete provisions to be added to the Blue Paper and for the Blue Paper to be implemented as soon as possible;
- for the European Union's Marine Strategy Directive to be coordinated with the Blue Paper's fields of action;
- for the efficient implementation of HELCOM's Baltic Sea Action Plan as a regional model project for the European Marine Strategy, which also includes proposals made by the 16th Baltic Sea Parliamentary Conference;
- for more attention to be paid to the importance of the transport sector as an important cross-sectoral maritime policy field within the framework of the future Maritime Policy;
- for the development of small and medium-sized ports of the countries within the Enlarged Schengen Area to be supported and for these ports to be included in the transport networks of the Southern Baltic Sea Region (road, ferry boats, maritime tourism);
- for the continuing development and implementation of the highest maritime safety standards in European waters in order to prevent accidents on the high seas, offshore and in ports as much as possible, and for more attention to be paid to the integrated approach in future EU funding programmes;
- on the governments in the Southern Baltic Sea Region to present marine policy action plans;
- for the implementation of research findings in the field of maritime technology in order to achieve the planned objective of making the Baltic Sea Region the EU's maritime model region;
- for an intensification of the efforts made to restore the Baltic Sea's natural fish population;
- on the Council of Baltic Sea States (CBSS) once again to establish a Maritime Policy Task Force;

supports

- the implementation of the European Union's Maritime Action Plan within the framework of interdisciplinary parliamentary working groups or bodies and will again put this topic on the agenda of one of the next annual conferences in order to assess the progress made.

III. Research, as seen from the perspective of networking among business leaders, academics and representatives of the executive at regional level

The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum feels that it is necessary for research institutions to participate actively in the development of cross-border clusters with a view to establishing networks among business leaders, academics and representatives of the executive at regional level in the Southern Baltic Sea Region.

The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum

calls

- for progress to be made in the development and expansion of interfaces between research institutions and business enterprises;
- for an intensification of the reconciliation of interests of business clusters, especially with a view to the future orientation of energy policy and maritime policy, taking into consideration research aspects;
- for optimising the raising of European funds for forward-looking measures, in particular with regard to the future orientation of energy policy and maritime policy;
- for greater attention to be paid to the networking of business leaders, academics and members of the executive at regional level in the design of EU funding programmes;
- for joint cross-border projects to be implemented, e.g. in the field of co-operation of eco-energy clusters in the Southern Baltic Sea Region.

IV. The Southern Baltic Sea Parliamentary Forum

agrees to adhere to the established practice of setting up working groups to deal with priority issues, and

accepts the invitation extended by the Parliament of Mecklenburg-Vorpommern to host the 7th Forum with the working title “The Contribution of the Southern Baltic Sea Region to a European Strategy for the Baltic Sea Region” from 5 to 7 July 2009 in Schwerin.

Zygmunt Dziewguć	Sylvia Bretschneider	Ingrid Franzen	Brunon Synak	Konstantin Polyakov	Julian Osiecki
Vice-President of the Parliament of the Province of Western Pomerania	President of the Parliament of Mecklenburg- Vorpommern	Vice-President of the Parliament of Schleswig-Holstein	President of the Parliament of the Province of Pomerania	First Vice-President of the Regional Duma of Kaliningrad	President of the Parliament of the Province of Warmińsko- Mazurskie